



Schule und soziale Netzwerke

Zentrale Befunde und Empfehlungen –
Eine Zusammenfassung des Schlussberichtes

Andrea Behr-Heintze, Jens Lipski



Andrea Behr-Heintze, Jens Lipski
Schule und soziale Netzwerke

**Zentrale Befunde und Ergebnisse –
Eine Zusammenfassung des Schlussberichtes**

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist ein zentrales sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut auf Bundesebene mit den Abteilungen „Kinder und Kinderbetreuung“, „Jugend und Jugendhilfe“, „Familie und Familienpolitik“, „Geschlechterforschung und Frauenpolitik“ und „Social Monitoring“ sowie dem Forschungsschwerpunkt „Übergänge in Arbeit“. Es führt sowohl eigene Forschungsvorhaben als auch Auftragsforschungsprojekte durch. Die Finanzierung erfolgt überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Rahmen von Projektförderung aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Weitere Zuwendungen erhält das DJI von den Bundesländern und Institutionen der Wissenschaftsförderung.



Das Projekt „Schule und soziale Netzwerke“ in der Abteilung „Kinder und Kinderbetreuung“ des DJI wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unter dem Förderkennzeichen B 8319 gefördert.

© 2004 Deutsches Jugendinstitut e. V.
Abteilung Kinder und Kinderbetreuung
Projekt: „Schule und soziale Netzwerke“
Nockherstr. 2, 81541 München
Telefon: +49 (0)89 62306-230
Fax: +49 (0)89 62306-162
E-Mail: lipski@dji.de

Inhaltsverzeichnis

I	Einleitung.....	7
II	Zentrale Befunde der Untersuchung.....	11
III	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	27
V	Literaturverzeichnis	47

I Einleitung

Man kann davon ausgehen, dass Schulen, d.h. Schulleiter und Lehrer¹ schon immer Kontakte zur Außenwelt pflegten. Gefördert und systematisiert wurden diese Außenbeziehungen dann in den 80er Jahren durch Landesprogramme wie zum Beispiel das zur „Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule“ (GÖS). Dieses Programm des Landes Nordrhein-Westfalen, an dem im Jahr 1997/98 insgesamt 500 Schulen mit 50.000 Schülern und 3.800 Lehrkräften aus mehr als 200 Kommunen beteiligt waren (Haenisch, 1999,1), verfolgte neben individueller Förderung, sozialer Koedukation, fächerübergreifendem Arbeiten auch das Ziel eines „Gemeinwesen orientierten Lehrens und Lernens“. Dazu gehörten u. a. die „Förderung der Wahrnehmung des lebensweltlichen Umfeldes“, die „Vermittlung authentischer Erfahrungen“ und die „Verknüpfung außerschulischer Angebote und Aktivitäten mit schulischem Lernen“ (Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen 1988, 18ff). Während bis zum Schuljahr 2000/2001 die Öffnung von Schule zum Gemeinwesen im Vordergrund dieses Programms stand, hatte ab dem Schuljahr 2001/2002 dann die Bildung schulischer Netzwerke zum Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Schulen Vorrang.² Damit scheint sich die schon zuvor gemachte Beobachtung einer in den letzten Jahren zunehmenden Verlagerung Gemeinwesen orientierter Vernetzung von Schulen zu einer rein schulischen Vernetzung zu bestätigen. Denn bereits 1997 stellte Thomas Coelen fest, „dass gerade in der aktuellen Diskussion zur Zukunft der Schule der Gedanke der Schule als Gemeinwesen (polis, res publica, Schulleben etc.) stark betont wird. Hingegen ist die Debatte um die Schule im Gemeinwesen (Öffnung, Community Education) relativ schnell wieder verebbt. Im Zuge der aktuellen Diskussion um eine gesteigerte Autonomie der Schulen wird ebenfalls unter dem Stichwort ‚Schulprogramm‘ eher von einer innerinstitutionellen Profilbildung gespro-

¹ Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird im gesamten Bericht die männliche Form verwendet, auch wenn sowohl Schulleiter und Schulleiterinnen, Lehrer und Lehrerinnen, Schüler und Schülerinnen usw. gemeint sind.

² Dies drückt sich auch in den Titeln der Forschungsberichte zu diesem Programm aus. Während die 2001 und 2002 herausgegebenen Hefte noch die „Wirkungen von Schulöffnung auf Schülerinnen und Schüler“ und den „Einfluss von Schulöffnung auf die Qualität von Schule und Unterricht“ zum Thema hatten, befasst sich der Bericht von 2003 mit den „Wirkungen schulischer Netzwerke“ (Haenisch 2001; Haenisch 2002; Haenisch 2003).

chen denn von einer Vernetzung mit außerschulischen Bildungseinrichtungen (Offene Jugendarbeit, Vereine, Verbände etc.) und dem jeweiligen Wohnumfeld (Coelen 1997).

Wenn man die Internet-Öffentlichkeit als Maßstab nimmt, dann ist die Vernetzung von Schulen augenblicklich ein hoch aktuelles Thema.³ Dazu trug sicherlich das vom BMBF im Jahre 1996 ins Leben gerufene Programm „Schulen ans Netz“ erheblich bei. Denn an erster Stelle wird unter Vernetzung von Schulen der Aufbau einer Internet-Infrastruktur an Schulen verstanden.⁴ Erst in zweiter Linie ist damit die Vernetzung der Schule im Sinne ihrer Entwicklung zu einem eigenen Gemeinwesen bzw. ihrer Einbindung in das umgebende Gemeinwesen gemeint. Hinsichtlich der schulinternen Vernetzung scheint sich die ursprünglich politische Idee von „Schule als Polis“ (v. Hentig 2001) in der Praxis vor allem auf einer pädagogischen Ebene zu realisieren. „Auf inhaltlicher Ebene werden in der kommenden Schule die Fächergrenzen immer mehr zu Gunsten vernetzter Lernfelder um bestimmte (und zu bestimmende) Knoten aufgelöst. Auf methodischer Ebene geht es v.a. um Fähigkeiten, die die Schüler/innen in der traditionellen Schule nur ungenügend lernten: Kommunizieren, Präsentieren, Projektmanagement, Visualisieren von Wissen etc.“ (Wagner/Stolpmann). Das von der Bundesregierung zurzeit verfolgte Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ wird aber sicherlich dazu beitragen, dass die letztere Variante einer Vernetzung von Schulen mit dem Gemeinwesen an Bedeutung gewinnen wird. Denn das mit diesem Programm angestrebte Ziel eines „flächendeckenden Auf- und Ausbaus der schulischen Ganztagsangebote“ wird nur mit Hilfe außerschulischer Partner, insbesondere durch die Kooperation mit Einrichtungen der Jugendhilfe zu erreichen sein.

³ Eine Eingabe der Stichworte „Vernetzung“ und „Schule“ erbrachte ca. 85.000, die der Stichworte „Netzwerk“ und „Schule“ ca. 485.000 Einträge. Die folgende Rangordnung der Bedeutungen des Themas „Vernetzung von Schulen“ beruht auf einer Kategorisierung der ersten 100 Einträge, die ihre Stellung schon einem hohen Grad der „Verlinkung“ verdanken.

⁴ Auch moderne Theorien komplexer sozialer Netzwerke haben sich aus der Erforschung der Struktur des Internet entwickelt. Entgegen der Annahme einer statistischen Zufallsverteilung zeigte sich das Internet als ein „skalenfrees Netzwerk“. Man geht auf Grund dieser Ergebnisse davon aus, dass in sozialen Netzwerken neben „Knotenpunkten“ (Hubs) mit sehr vielen Verbindungen zahlreiche Stellen mit nur wenigen Verbindungen existieren (www.zeit.de/2004/10/netzwerke).

Das vorliegende Forschungsprojekt, das schon vor Beginn des Investitionsprogramms anlief, ging von der Annahme aus, dass allgemein bildende Schulen zur Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags auf die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern angewiesen sind. Daher stellen sich zwei grundlegende Fragen:

- (1) Wieweit kooperieren allgemein bildende Schulen in Deutschland mit außerschulischen Partnern (Institutionen, Personen)?
- (2) Wieweit wirken sich diese Kooperationen auf die schulische Praxis aus?

Die letztere Frage ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Qualität von Kooperationsprojekten sich letztendlich in ihren Auswirkungen auf die Praxis, d.h. in der Erweiterung der Handlungs- und Lernmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen zeigt.

Entsprechend der Fragestellungen lag der Fokus der Untersuchung auf der Schule. Die Schule bildete sozusagen den Ausgangspunkt, von dem aus die Kooperationen mit außerschulischen Partnern weiter verfolgt wurden. Konkret ging das Projekt in der Weise vor, dass zunächst die Schulen nach ihren Verbindungen mit der Außenwelt schriftlich befragt wurden. In einem zweiten Schritt wurden dann die von den Schulen genannten Kooperationspartner nach Details der Zusammenarbeit (wie z.B. Dauer, Intensität, Ebenen der Kooperation) wie auch nach den Gründen bzw. dem „Gewinn“ der Kooperation ebenfalls schriftlich befragt. In einem dritten Schritt wurden Schulleiter, Lehrer, Eltern und Schüler ausgewählter Schulen interviewt, um etwas über die Auswirkungen der Kooperationen auf die schulische Praxis zu erfahren. Das Forschungsprojekt kann somit als ein erster Schritt in Richtung einer künftigen Erforschung von regionalen Bildungsnetzwerken mit Schulen als „Knotenpunkten“ verstanden werden.

Im vorliegenden Abschlußbericht werden zunächst die zentralen Befunde der Untersuchung dargestellt. Dazu gehört eine Zusammenfassung des aktuellen Standes der Zusammenarbeit allgemein bildender Schulen mit außerschulischen Partnern und eine Darstellung der Qualität von Kooperationsprojekten an Hand der veränderten Handlungs- und Lernmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Dieser zusammenfassende Teil enthält auch Schlussfolgerungen und Empfehlungen, die sich aus den zentralen Befunden ergeben. In Kapitel III des vollständigen Berichts werden die Ergebnisse der

schriftlichen Befragungen von Schulleitern und Kooperationspartnern zum Stand der Zusammenarbeit dann ausführlicher referiert. Die vollständigen Ergebnisse der mündlichen Befragung ausgewählter Schulen zu den Auswirkungen der Kooperationsprojekte auf die Praxis finden sich im anschließenden Kapitel IV des Gesamtberichts.

II Zentrale Befunde der Untersuchung

Inhalt

1. Stand der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern (Institutionen, Personen)	13
2. Stand der Kooperationsprojekte	16
3. Zusammenhänge zwischen Kooperationsprojekten und Schulformen	18
4. Pläne zum weiteren Ausbau der Kooperationen	20
5. Qualität der Kooperationsprojekte.....	21

1. Stand der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern (Institutionen, Personen)

Allgemein bildende Schulen in Deutschland sind vielfach vernetzt. Nur eine kleine Minderheit (2%) pflegt überhaupt keine Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern. Drei Viertel der Schulen kooperieren in mindestens vier bis allen sieben der abgefragten Kooperationsfelder (schulunterstützende Dienste, Einrichtungen und Betriebe in der Kommune, andere Schulen, Sponsoren und Fördervereine, Eltern, Schüler, sonstige Personen).

Bei fast der Hälfte der befragten Schulen liegt ein Schulprogramm bereits vor. Bei einem knappen Drittel ist ein solches Programm in Arbeit. Jede zehnte Schule gab an, dass ein Schulprogramm bereits geplant sei. Die überwiegende Mehrheit dieser Schulen bestätigt, dass die von ihnen eingegangenen Kooperationen einen Beitrag zu den Zielen des Schulprogramms darstellen.

Die von den Schulen genannten Kooperationsprojekte sind recht stabil.⁵ Die überwiegende Mehrheit der erfassten Kooperationsprojekte existiert schon über zwei Jahre. Die Intensität der Kooperation ist unterschiedlich. Die ganze Bandbreite von mehrmaligen Kontakten in der Woche bis zu wenigen Kontakten im Jahr ist vertreten. Allerdings sind die Kooperationsprojekte nur teilweise institutionell abgesichert. Lediglich in der Hälfte der Fälle bestehen gemeinsame Vereinbarungen zwischen den Parteien, von denen wiederum nur die Hälfte schriftlich fixiert ist. Auch ist die große Mehrheit der außerschulischen Kooperationspartner nicht in Schulgremien vertreten. Wenn die Partner in den Schulgremien vertreten sind, dann haben sie allerdings auch meist ein Mitspracherecht.

In den Schulgesetzen der Bundesländer ist die Zusammenarbeit der Schulen mit außerschulischen Akteuren zwar geboten und auch teilweise umfangreich geregelt. Es bleibt jedoch der einzelnen Schule überlassen, entsprechend den jeweiligen Bedingungen vor Ort zu entscheiden, welche Kooperationsbeziehungen sie mit welchen konkreten Einrichtungen oder Personen

⁵ Misslungene bzw. gescheiterte Kooperationsprojekte waren nicht Gegenstand der Untersuchung und daher durch das angewandte Erhebungsverfahren auch nicht zu erfassen.

eingeht. Die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe sind nach der Gesetzeslage in den Ländern die wichtigsten Partner der allgemein bildenden Schulen. Im Unterschied zu den Trägern der Jugendhilfe spielen alle anderen schulgesetzlich vorgesehenen Partner eine geringere Rolle. Die Kooperation mit der Wirtschaft ist in den vorliegenden Schulgesetzen noch wenig berücksichtigt. Die IT-Branche wie auch Medienorganisationen sind als Partner bei der Gestaltung des Schullebens oder im Rahmen von Schulprogrammen bisher schulgesetzlich nicht vorgesehen. Das Gleiche gilt für die Zusammenarbeit mit von Trägern oder Institutionen unabhängigen Personen.

Die Integration der neuen Medien in den schulischen Alltag ist noch nicht sehr weit fortgeschritten. Die Entwicklung der Medien- und speziell der Internetkompetenz der Lehrkräfte hinkt der IT-Ausstattung der Schulen hinterher. Bei den mündlich befragten Schulen hatte sich in der Praxis zwar ein „Computer-Curriculum“ herausgebildet. Ein Medienkonzept, das den Stellenwert der neuen Medien, d.h. auch des Internet im Rahmen des Schulprogramms festlegt, existierte bei diesen Schulen allerdings nicht. Die schriftliche Befragung ergab, dass praktisch alle Schulen an das Internet angeschlossen sind, aber nur ein Drittel der Schulen das Internet häufiger und in mehreren Funktionen nutzt. Als Medium zur Kommunikation mit der Außenwelt wird das Internet vor allem von Lehrern im Rahmen der Unterrichtsvorbereitung verwendet. Bei den mündlich befragten Schulen gebrauchen nach Schätzung der befragten Lehrkräfte zwischen einem Drittel bis zu drei Viertel der Kollegen und Kolleginnen das Internet in dieser Weise. In der repräsentativen Befragung dieser Studie stand die Nutzung des Internet durch die Schulleitungen und Lehrkräfte entsprechend auch an erster Stelle.

Die Mehrheit der Kooperationspartner ist mit der Zusammenarbeit zufrieden, sie entspricht im Großen und Ganzen ihren Vorstellungen und Möglichkeiten.⁶ Etwa ein Viertel hielt allerdings eine Verbesserung der Zusammenarbeit für wünschenswert, darunter vor allem Jugendzentren, Horte, Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und Erziehungsberater. Insbesondere wurde eine Intensivierung der Zusammenarbeit und eine bessere Planung und Abstimmung zwischen den Beteiligten gewünscht. Danach folgten erst

⁶ Siehe dazu Fußnote 5.

Forderungen nach einer besseren personellen, finanziellen und materiell/räumlichen Ausstattung.

2. Stand der Kooperationsprojekte

Die wichtigsten Kooperationspartner sind schulunterstützende Dienste, Einrichtungen und Betriebe in der Kommune und andere Schulen. Bei den schulunterstützenden Diensten spielen der schulpsychologische Dienst, die Erziehungsberatung, der Hort und die Schulsozialarbeit eine herausragende Rolle. Bei den Einrichtungen in der Kommune sind die bedeutendsten Partner die Sportvereine, die Kirchen bzw. Glaubensgemeinschaften, kulturelle Einrichtungen, Verwaltung und Justiz und Betriebe.

Zwei Drittel der Schulen pflegen Kontakte zu anderen Schulen. Erwartungsgemäß konzentrieren sich diese Kontakte auf Schulen in der Kommune und dann auf solche im jeweiligen Landkreis. Interessanterweise rangiert die Kooperation mit Schulen im Ausland vor der mit Schulen im gleichen Bundesland. Möglicher Grund könnte die Unterstützung internationaler Netzwerke und Schulpartnerschaften durch Mittel der Europäischen Union bzw. des Auswärtigen Amtes sein. Die Kooperation mit Schulen in anderen Bundesländern nimmt den letzten Platz ein.

Drei Viertel der Schulen werden außer von ihrem Träger auch noch aus anderen Quellen finanziell gefördert. Die größte Rolle spielt dabei die Zusammenarbeit mit so genannten Fördervereinen. Erst an zweiter Stelle rangieren die Kontakte zu Sponsoren aus der Wirtschaft. Bei einem Viertel der Schulen tragen sowohl Förderverein wie Sponsoren der Wirtschaft zur Verbesserung des schulischen Haushalts bei.

Versteht man unter Kooperation auch die Übernahme von Aufgaben wie zum Beispiel die Leitung einer Arbeitsgemeinschaft oder die Betreuung von Schülern, dann findet bei fast drei Viertel der Schulen eine solche Kooperation mit Eltern entweder überhaupt nicht oder eher selten statt. Gerade einmal sieben Prozent der Schulen gaben an, dass sie in dieser Hinsicht intensiver mit Eltern zusammenarbeiten. Meist waren Eltern Initiatoren verschiedener Einzelaktivitäten, übernahmen die Betreuung bzw. Aufsicht über die Schüler und traten als Sponsoren bzw. Werber bei Sponsoren auf.

Zwar kam eine intensivere Zusammenarbeit der Schule mit externen Personen wie zum Beispiel Handwerker oder Künstler ähnlich selten wie bei den Eltern vor, doch waren die Kontakte zu diesem Personenkreis insgesamt

etwas breiter. Zu dieser etwas größeren Verbreitung könnten Programme wie „Künstler in die Schulen“ wie auch die zunehmende Möglichkeit der Schulen zu einer Finanzierung externer Personen beitragen. Diese externen Personen waren vor allem im Rahmen von Projekten und Arbeitsgemeinschaften tätig. Daneben machten sie auch gelegentlich Angebote im Unterricht bzw. der unterrichtsfreien Zeit.

Am geringsten entwickelt war die Zusammenarbeit mit Schülern im Sinne einer Initiierung und Durchführung gemeinsamer Unternehmungen außerhalb des Unterrichtsbetriebs. Gerade einmal bei einem Viertel der befragten Schulen fanden solche Kooperationen statt. Dieses geringe Ausmaß ist darauf zurückzuführen, dass von den Grundschulen, die über die Hälfte der befragten Schulen ausmachten, nur sehr wenige eine solche Art der Zusammenarbeit pflegen. Die Aktivitäten und Projekte, die vor allem in den weiterführenden Schulen stattfanden, zeichneten sich dann allerdings durch eine große Vielfalt aus.

3. Zusammenhänge zwischen Kooperationsprojekten und Schulformen

Die Schulform, d.h. der mit den Schultypen Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule korrespondierende spezifische Komplex von Herkunftsmilieu der Schüler und personeller Ausstattung der Schule erwies sich als die zentrale Einflussgröße bei der Wahl der außerschulischen Kooperationspartner. Grundschulen, Hauptschulen bzw. Kombinationen dieser Schulen arbeiten mehr mit schulunterstützenden Diensten zusammen als Realschulen und Gymnasien. Die Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Betrieben in der Kommune ist am ehesten bei Hauptschulen zu erwarten, die eine große Schülerzahl und einen großen Anteil sozial schwacher Schüler haben. Ganztagschulen und Gymnasien zeichnen sich vor allem durch eine Zusammenarbeit mit anderen Schulen aus, dies gilt am wenigsten für Grundschulen. Auch ist eine solche Zusammenarbeit eher bei Schulen im Westen als bei Schulen im Osten ausgeprägt. Ganztagschulen kooperieren nicht nur häufiger mit anderen Schulen, sie tendieren auch mehr zur Zusammenarbeit mit schulunterstützenden Diensten und Einrichtungen in der Kommune.

Westdeutsche Schulen werden häufiger als ostdeutsche Schulen gesponsert, Gymnasien mehr als Hauptschulen. Bei einem Vergleich der Schulformen fällt auf, dass Gymnasien deutlich öfter als andere Schulen von Sponsoren aus der Wirtschaft gefördert werden.

Schulen mit Schülern aus sozial besser gestellten Familien arbeiten eher mit Eltern zusammen als Schulen mit einem höheren Anteil von Schülern aus armen bzw. sozial schwachen Familien. Entsprechend ist die Bereitschaft von Eltern, in der Schule Aufgaben zu übernehmen, bei Haupt- und Realschulen eher gering.

Auf die Bereitschaft mit externen Personen zu kooperieren wirkt sich positiv aus, wenn es sich bei der Schule um ein Gymnasium oder eine Ganztagschule handelt und/oder die Schüler eher aus gut situierten Elternhäusern stammen. Positive Effekte sind auch mit einer steigenden Zahl der Lehrer und der Klassengröße zu erwarten.

Am häufigsten entwickeln Gymnasien gemeinsame Projekte mit Schülern, gefolgt von Gesamtschulen, Realschulen, Hauptschulen und Schulkombinationen. Ganztagschulen sind in dieser Hinsicht auch engagierter als Halbtagschulen.

4. Pläne zum weiteren Ausbau der Kooperationen

Zwei Drittel der Schulen sind der Ansicht, dass die Zugänge zum Internet auf jeden Fall ausgebaut werden sollen. Bei den mündlich befragten Schulen existierten auch schon konkrete Pläne einer weiteren Vernetzung des Schulgebäudes, um bei der ebenfalls geplanten Dezentralisierung der Geräte einen Anschluss an das Internet zu gewährleisten. Planungen zur Erweiterung der Kooperation mit außerschulischen Partnern beziehen sich an erster Stelle auf den Ausbau der Kontakte zu Sponsoren. Erst an zweiter Stelle richtet sich das Interesse auf eine Ausweitung der Zusammenarbeit mit schulunterstützenden Diensten und Einrichtungen und Betrieben in der Kommune. Den dritten Rang nehmen Überlegungen zu einer Verbreiterung der Kooperation mit anderen Schulen und privaten Personen (Eltern, Experten, Schülern) ein.

5. Qualität der Kooperationsprojekte

Die Qualität der Kooperationsprojekte bestimmt sich letztlich dadurch, wieweit sie zu einer Erweiterung der Handlungs- und Lernmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen führen. Die Mehrheit der schulischen Kooperationspartner vertrat entsprechend die Auffassung, dass der Gewinn der Kooperation vor allem in einer Erweiterung des inhaltlichen Angebots und damit einer Verbesserung der Lernmöglichkeiten der Kinder liege. Folglich arbeitete die große Mehrheit der Kooperationspartner auch direkt mit Schülerinnen und Schülern zusammen. Überwiegend mit Grundschulern arbeiteten Horte, kirchliche Einrichtungen und Sportvereine zusammen, mit älteren Kindern dagegen vor allem Arbeitsämter, Betriebe, andere Schulen, Schulsozialarbeiter und Justizvertreter, und zwar mit dem Schwerpunkt in der Sekundarstufe I.

Die mündliche Befragung zu den Auswirkungen des Internet, der Kooperation mit Schulsozialarbeit, mit Einrichtungen der Arbeitswelt und mit anderen Schulen ergab, dass die Einführung der EDV in den Schulen wie auch die Realisierung der genannten Kooperationen jeweils mit einer Erweiterung des Angebots für die Schüler verbunden waren. Die Qualität der mit diesen Angeboten einhergehenden Handlungs- und Lernmöglichkeiten war jedoch unterschiedlich.

Die Zusammenarbeit mit anderen Schulen soll nach den Ergebnissen der schriftlichen Befragung vorrangig dem Informations- und Erfahrungsaustausch unter den Lehrkräften dienen. Des Weiteren soll sie zur Entwicklung gemeinsamer Aktivitäten der beteiligten Schulen, des Schüleraustauschs und des Informations- und Erfahrungsaustauschs unter den Schülern beitragen. Man kann drei Idealtypen von schulischen Netzwerken mit entsprechend unterschiedlichen Zielsetzungen unterscheiden: Erstens Netzwerke von Schulen zur Schulentwicklung. Hier geht es vor allem um einen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Schulen, um die Qualität der schulischen Arbeit zu verbessern. Eine Sonderform stellt die Kooperation von benachbarten Schulen zur Entwicklung einer gemeinsamen Schulorganisation dar. Während sich bei Netzwerken zur Schulentwicklung die beteiligten Schulen normalerweise separat entwickeln, geht es hier um eine In-

tegration unterschiedlicher Schulformen zu einer neuen Organisationsform. Zweitens Netzwerke von Schulen zur Entwicklung von gemeinsamen Projekten bzw. Produkten. Im Rahmen des Comenius-Programms wird beispielsweise gefordert, dass die beteiligten Schulen an „längerfristigen, in das Schulleben integrierten Projekten zu einem gemeinsam gewählten Thema mit europäischem Bezug“ zusammenarbeiten. Drittens Netzwerke von Schulen zum Schüleraustausch. Hier steht der Personenaustausch im Vordergrund, der Informations- und Erfahrungsaustausch ist eher nachrangig.

Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit den Ergebnissen von Netzwerken zur Schulentwicklung wurde in einer Studie an erster Stelle die „Reaktionen der Schüler“ genannt. Die befragten Lehrkräfte haben den Eindruck, dass die beteiligten Schüler von der Netzwerkarbeit in besonderer Weise profitiert haben und dass dies offensichtlich positive Wirkungen in ihrem Verhalten hinterlässt (Haenisch 2003, 34). Besonderen Einfluss hat dabei das Kennen lernen anderer Schulformen und Unterrichtskontexte und der Erfahrungsaustausch unter Schülern. An zweiter Stelle wurde die Förderung von Schlüsselkompetenzen genannt: Methodenkompetenz, soziale Kompetenz, selbständiges Arbeiten und Sicherheit im Umgang mit neuen Medien (Haenisch 2003, 20).

Durch die Kooperation von benachbarten Schulen zur Entwicklung einer gemeinsamen Schulorganisation ergeben sich weitreichende Veränderungen in Schulleben und Unterricht. Die intensive Zusammenarbeit der befragten Hauptschule mit einer Realschule innerhalb eines Schulzentrums führte zur Umwandlung der beiden Halbtagsschulen in eine offene Ganztagschule. Erreicht wurde diese Umwandlung durch eine gemeinsame Nutzung der personellen und finanziellen Ressourcen, die eine Erweiterung des Angebotes an Arbeitsgemeinschaften sowie die Einstellung einer Sozialpädagogin zur Betreuung der Schüler möglich machte. Die gemeinsame Verwaltung der Etats beider Schulen ermöglicht einen effektiveren Einsatz der Mittel, was sich zum Beispiel in besser ausgestatteten Fachlehrräumen widerspiegelt. Einfluss nimmt die Kooperation aber vor allem auch auf die Unterrichtsform. Zu den Errungenschaften der Kooperation zählt unter anderem, dass der Unterricht für die Schüler der höheren Klassenstufen beider Schulformen teilweise schulformübergreifend stattfindet. Dies wiederum hat für die Hauptschüler zur Folge, dass sie Fächer wie Informatik und Französisch

wählen können, die laut Lehrplan in diesem Bundesland an Hauptschulen nicht unterrichtet werden. So kann die Wahl des Faches Informatik zur Aufwertung des Abschlusszeugnisses führen und dem Schüler einen entscheidenden Vorteil bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz verschaffen. Auffällig hoch ist an dieser Hauptschule die Quote jener Schüler, die nach der 9. Klasse auf die freiwillige 10. Klasse wechseln. 90% der Hauptschüler des Schulzentrums nehmen diese Möglichkeit zum Erwerb der Mittleren Reife an und verbessern damit ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt bzw. eröffnen sich weitere schulische Bildungswege.

Über Erfahrungen der Kooperation mit anderen Schulen im Rahmen eines Comenius-Projektes verfügt mehr als die Hälfte der mündlich befragten Schulen. Eine Schule beteiligt sich seit mehreren Jahren sehr engagiert in einem größeren internationalen Projekt, das mit Comenius im Zusammenhang steht. An dieser Schule haben sich die Handlungs- und Lernmöglichkeiten bei den am Projekt beteiligten Schülern deutlich erweitert. Die Schüler sehen in der Teilnahme am Projekt einen großen Gewinn, da sie im Rahmen dieser Arbeit auch ihren eigenen Interessen nachgehen können, was aus ihrer Sicht im normalen Unterricht eher nicht der Fall ist. Außerdem kann man durch die Teilnahme am Projekt nach den Erfahrungen von Schülern und Lehrern die Fremdsprachenkenntnisse wesentlich mehr vertiefen als beim herkömmlichen Schüleraustausch. Der klassische bilaterale Schüleraustausch, wie er an sehr vielen Schulen stattfindet, bietet den Schülern zwar einen Blick über den eigenen Tellerrand, nimmt aber sonst kaum Einfluss auf das Schulleben oder den Unterricht.

Laut Kinder- und Jugendhilfegesetz hat die Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit den Ausgleich sozialer Benachteiligung oder die Überwindung individueller Beeinträchtigung zum Ziel. Bei der Kooperation mit der Schule hängt der Schwerpunkt der Jugendsozialarbeit jedoch sehr stark von der jeweiligen schulischen Situation ab. An den mündlich befragten Schulen waren vor allem erhebliche Konflikte und Diskrepanzen zwischen Schülern, Lehrern und Eltern Auslöser für die Einführung der Schulsozialarbeit. Daher ergab sich zunächst die Aufgabe, die Situation für alle Beteiligten zu verbessern. Im Lauf der Zeit kristallisierten sich an den einzelnen Schulen unterschiedliche Schwerpunkte der Schulsozialarbeit heraus, die teilweise über den eigentlichen Auftrag der Jugendsozialarbeit hinausgingen. In manchen Fällen

soll die Schulsozialarbeit einfach nur die Aufgabe der Förderung „sozialer Kompetenzen“ übernehmen oder Betreuungslücken im Schulalltag füllen.

Betont wurde sowohl von Seiten der Schüler als auch der Lehrer, dass die Anwesenheit von Schulsozialarbeitern sehr stark zum Wohlbefinden der Schüler beiträgt. Dies wird vor allem damit begründet, dass durch die Schulsozialarbeit ein konstanter Ansprechpartner zur Verfügung steht, der im Unterschied zu den Lehrkräften stärker die einzelne Person im Blick hat. Die Schüler nehmen die Schulsozialarbeiter vor allem auch als Respektspersonen wahr, die sie nicht bewerten und die ihnen daher grundsätzlich „wohlgesonnen“ sind. An allen Schulen wurden Schüler zu Streitschlichtern ausgebildet, teils von den Schulsozialarbeitern, teils von anderen Personen. Einige der ausgebildeten Schüler bestätigten, dass die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema „Kommunikation“ zur Reflexion ihres eigenen Kommunikationsverhaltens und in der Folge zu einer Veränderung dieses Verhaltens auch im privaten Bereich geführt hat.

Ein Gymnasium schlägt einen anderen Weg ein: Die Schule kooperiert mit einem Altenheim, um ihren Schülern soziale Erfahrungen zu vermitteln. Neben regelmäßigen Besuchen von Schülern und Lehrern im Altenheim, um etwas Farbe in den Alltag der Senioren zu bringen, finden zwischen Schule und Altenheim Projekte statt. Die Themen ergeben sich aus dem Zusammenhang der Lebenserfahrungen der Senioren mit dem im Unterricht behandelten Stoff. Die Ergebnisse der Seniorenbefragungen gehen in den Unterricht ein, der dadurch für die Schüler deutlich lebendiger wird. Die Absolventen der Oberstufe können im Rahmen des Altenheim-Projektes benotete Semesterarbeiten schreiben, die in die Abiturnote eingehen. Das Engagement wird von den Schülern auch als wichtiger Schritt in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gesehen.

Die Kooperationen mit Einrichtungen der Arbeitswelt dienen vor allem dem Zweck, Jugendlichen, die vor dem Eintritt in die Arbeitswelt stehen, bei der Berufswahl zu helfen bzw. ihnen einen Ausbildungsplatz zu vermitteln. Eine Ausnahme bildete das Gymnasium: dort sollte die Begegnung mit der Arbeitswelt allgemein der Erweiterung der sozialen Kompetenzen und der Entwicklung von Eigeninitiative bei den Schülern dienen. Die von den Schulen eingeleiteten Maßnahmen stellen in der Regel eine Kombination von Informationsveranstaltungen und der Möglichkeit unmittelbarer Erfah-

rung der Arbeitswelt in Form von Praktika dar. Bei den Praktika war die ganze Bandbreite von ein- bis dreiwöchigen Praktika und als Sonderfall noch das Modell der kontinuierlichen Praxistage vertreten. Darüber hinaus gab es noch weitere Kooperationsformen bei den mündlich befragten Schulen, die teilweise über die reine Berufsorientierung hinausgingen. Die Gymnasiasten hatten als einzige aller befragten Schüler darüber hinaus die Gelegenheit, über Simulationen und die Führung eines Miniunternehmens neben der Arbeitnehmer- auch die Arbeitgeberrolle kennen zu lernen. Die Kooperationspartner der Schulen repräsentierten ein breites Spektrum an Einrichtungen der Arbeitswelt.

Bei den Betriebserkundungen und vor allem den Praktika in Einrichtungen der Arbeitswelt kommen Schüler mit einer Lebenswelt in Berührung, die nach anderen Prinzipien als die Schule organisiert ist. Die Kinder und Jugendlichen nehmen folglich bei den Praktika eine andere Rolle als in der Schule ein. Sie werden Mitglieder eines Teams, das auf die Herstellung bestimmter Produkte (Waren, Dienstleistungen usw.) ausgerichtet ist. Auch ist das Lernen an diesem „Lernort“ anders als an der Schule organisiert. Im Grunde muss man sich immer nur das Wissen aneignen, das für den Fortgang des jeweiligen Arbeitsprojekts erforderlich ist (Lernen nach aktuellem Bedarf). In der Wahrnehmung der befragten Kinder und Jugendlichen zeichnet sich diese Welt vor allem durch Ernsthaftigkeit, Verantwortungsübertragung, Leistungsansprüche wie auch direkte Rückmeldungen auf die eigenen Handlungen aus. Diese Charakteristika der Arbeitswelt und die damit einhergehende „Wichtigkeit der eigenen Person“ wurden von den Schülern sehr geschätzt. Im Unterschied zu den Blockpraktika haben die Schüler bei den kontinuierlichen Praxistagen die gleiche Arbeitszeit wie die übrigen Mitarbeiter und sind ihnen daher praktisch gleichgestellt. Entsprechend sahen sich einige Jugendliche auch bereits mehr als Arbeitnehmer denn als Schüler. Bei dieser Praxisform kommt es wegen des dauernden Wechsels von Arbeitstag und gleich darauf folgender Nachbesprechung in der Schule insofern auch zu einer engeren Verflechtung zwischen schulischer und Arbeitswelt, als die Inhalte des Unterrichts in wesentlich stärkerem Maße von den Anforderungen und Problemen der Arbeitswelt beeinflusst werden. Auch bietet dieser Rahmen mehr Möglichkeiten, den in der Arbeitspraxis entstandenen Wissensbedarf im Unterricht zu befriedigen.

Durch die Einführung der EDV an Schulen hat sich das Angebot für Schülerinnen und Schüler erweitert. Es wurden spezielle Fächer (z.B. Informatik, informationstechnischer Grundkurs) eingerichtet, in denen die Kinder den Umgang mit dem Computer, den Anwendungsprogrammen und dem Internet lernen können. Durch Computer und Internet steht den Schulen ein neues Arbeitsmittel zur Verfügung, das ein handlungsorientierteres Arbeiten der Kinder erlaubt und in der Regel auch zu qualitativ hochwertigeren Arbeitsergebnissen führt (auf jeden Fall in der formalen Gestaltung). Die Anwendung des Internet außerhalb der speziellen EDV-Fächer konzentriert sich vor allem auf die Fächer Deutsch und Mathematik und stellt im Unterricht dieser Fächer bisher eher eine Randerscheinung dar. Im Rahmen von Unterricht wird das Internet entsprechend der vorrangigen Zielsetzung der Wissensgenerierung in der Regel in konventioneller Weise angewendet: als ein besseres Lexikon und als arbeitsbezogenes Kommunikationsmittel. Die mündlich befragten Schulen zeichneten sich allerdings durch eine zunehmende Projektarbeit aus. Dies galt insbesondere für die Haupt- und Realschulen, bei denen durch die Einführung von Projektprüfungen diese Form des Arbeitens auch gesetzlich verankert wurde. Die Erfahrungen aller Beteiligten zeigen nun, dass sich durch die Projektarbeit ein neues Anwendungsfeld für das Internet neben dem Unterricht entwickelt, das sich sowohl durch einen häufigeren Einsatz als auch durch eine sinnvolle Anwendung dieses neuen Mediums auszeichnet. Eine Kommunikation über das Internet mit der Außenwelt, an der auch Schülerinnen und Schüler beteiligt sind, findet vor allem im Rahmen von Comenius-Projekten statt. Ansonsten kommunizierten die befragten Schüler eher selten in der Schule mit außerschulischen Partnern, diese Kommunikation fand weitgehend über die privaten Computer der Schüler zu Hause statt.

III Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Inhalt

1.	Unterschiedliche Formen der Vernetzung	29
2.	Unterschiedliche Grade der Zusammenarbeit	30
3.	Entwicklung von (Lern-)Netzwerken	32
4.	Nächste Schritte zur weiteren Entwicklung der wichtigsten Kooperationsprojekte allgemein bildender Schulen	34

1. Unterschiedliche Formen der Vernetzung

Wenn man unter einem sozialen Netzwerk vielfältige Verbindungen zwischen gesellschaftlichen Subjekten (Institutionen, Personen) versteht, dann entsprechen die Kooperationen der Schulen untereinander am ehesten diesem Konzept. Sowohl die staatlich und privatwirtschaftlich geförderten (z.B. Comenius, Bertelsmann) wie auch die naturwüchsig entstandenen Netzwerke von Schulen zeichnen sich durch vielfältige und gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Beteiligten aus. Wenn das Internet als Kommunikationsmittel mit der Außenwelt genutzt wird, dann geschieht dies vornehmlich im Rahmen solcher schulischen Netzwerke (z.B. Netzwerke zur Unterrichtsvorbereitung).

Die „Vernetzung“ der einzelnen Schule mit der übrigen Außenwelt stellt dagegen lediglich einen Komplex bilateraler Beziehungen mit außerschulischen Partnern dar. Die außerschulischen Partner einer Schule können zwar ihrerseits mit anderen gesellschaftlichen Einrichtungen vernetzt sein (z.B. mit anderen Schulen, Wirtschaftsverbänden), Kooperationen zwischen den verschiedenen Partnern einer Schule sind aber eher selten und ein Verbund aller Partner einer Schule kommt so gut wie nie vor.

2. Unterschiedliche Grade der Zusammenarbeit

Schulische Netzwerke entwickeln sich innerhalb der schulischen Kultur und werden daher auch durch gemeinsame Interessen und Ziele bestimmt. Wie schon zuvor geschildert kann man drei Idealtypen von schulischen Netzwerken mit entsprechend unterschiedlichen Zielsetzungen unterscheiden: Netzwerke von Schulen zur Schulentwicklung mit der Sonderform der Kooperation von benachbarten Schulen zur Entwicklung einer gemeinsamen Schulorganisation, Netzwerke von Schulen zur Entwicklung von gemeinsamen Projekten und/oder Produkten (z.B. Comenius-Projekte) und Netzwerke von Schulen zum Schüleraustausch. Die Zusammenarbeit reicht folglich vom Informations- und Personenaustausch über die Projektkoordination bis zur Entwicklung gemeinsamer Einrichtungen.

Die Kooperation der Schulen mit Schulsozialarbeitern und Einrichtungen der Arbeitswelt befindet sich erst auf dem Weg zu gemeinsam entwickelten und getragenen Projekten. In dem Bericht der Arbeitsgruppe Jugendhilfe/Schule der Jugendminister- und Kultusministerkonferenz wird zwar festgestellt, dass für Schule und Jugendhilfe „das gemeinsame Ziel der Förderung und Unterstützung der Sozialisationsprozesse junger Menschen maßgeblich ist“ (Arbeitsgruppe Jugendhilfe/Schule 2002, 4), in der Praxis der Zusammenarbeit von weiterführenden Schulen und Jugendhilfe scheint sich aber eher eine Arbeitsteilung herauszubilden, bei der die Lehrer vor allem für die „Wissensvermittlung“ und die Schulsozialarbeit hauptsächlich für das „Soziale und die Persönlichkeitsbildung“ zuständig sind. Indem die Schulsozialarbeit als sozialer Dienst an diesen Schulen etabliert wurde, um im Kontext der Schule auftretende „soziale Probleme“ zu beseitigen, ist möglicherweise eine Entwicklung in Gang gesetzt worden, bei der am Ende die ursprünglich schulische Aufgabe sowohl der Wissensvermittlung wie der Persönlichkeitsentwicklung weiter ausdifferenziert und verschiedenen Trägern überantwortet sein könnte.

Die moderne Schule selbst ist eine Folge der mit Beginn der Industrialisierung einsetzenden Trennung von Arbeiten und Lernen. Dieser gesellschaftliche Differenzierungsprozess erlaubte ein effizienteres Vorgehen in den einzelnen Teilbereichen, nämlich nach den Grundsätzen ökonomischer Effi-

zienz und Rationalisierung in den Einrichtungen der Arbeitswelt und den Prinzipien der Wissensgenerierung und Persönlichkeitsentfaltung in den Bildungsstätten. Der seit einiger Zeit beschleunigte Wandel der Gesellschaft, der sich auch in einem Strukturwandel der Arbeitswelt niederschlägt, erfordert allerdings eine zunehmend engere Koppelung zwischen Arbeitswelt und Schule (Baethge 2003,92).

Bisher konzentrierten sich die Bemühungen der Schulen vor allem auf die Gestaltung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt. Um Jugendlichen, die vor dem Eintritt in die Arbeitswelt stehen, bei der Berufswahl zu helfen bzw. ihnen einen Ausbildungsplatz zu vermitteln, bieten inzwischen viele Schulen eine Kombination von Informationsveranstaltungen und unmittelbaren Erfahrungen der Arbeitswelt in Form von Praktika an. Die mit den Praktika zusammenhängenden Aktivitäten von Schulen und Betrieben sind bisher wenig koordiniert. Wie eine Befragung von Ausbildungsbetrieben zeigte, laufen die Praktika bisher fast ausschließlich nach den Erfordernissen und Vorstellungen der jeweiligen Einrichtung ab. Nach Ansicht der Betriebe bereiten die Schulen die Jugendlichen wiederum nur unzureichend auf die Praktika vor. Andererseits stellt nach den Ergebnissen dieser Studie die Organisation der Praktika lediglich eine kurze Episode im Schulleben dar und betrifft in der Regel nur wenige Fächer. Offensichtlich bieten allein die bisher nur an wenigen Schulen durchgeführten „kontinuierlichen Praxistage“ mit ihrer engen zeitlichen Verschränkung von Arbeitspraxis und Unterricht den geeigneten Rahmen, um die im Arbeitsalltag entstandenen Fragen in der Schule aufzugreifen und zu bearbeiten.

Bei der mündlichen Befragung zur Internetnutzung hat sich gezeigt, dass die Handlungsmöglichkeiten der Grundschul Kinder sich in den weiterführenden Schulen nicht unmittelbar fortsetzen. Wenn die ermittelten naturwüchsigen „Computer-Curricula“ für diese Schulformen typisch sein sollten, dann muss damit gerechnet werden, dass Kinder in den ersten Klassen der weiterführenden Schulen häufiger keine Gelegenheit bekommen werden, die in der Grundschule erworbenen Internet-Kompetenzen anzuwenden.

3. Entwicklung von (Lern-)Netzwerken

Unter „Bildungsnetzwerken“ werden normalerweise Netzwerke von solchen Institutionen verstanden, die sich mit Bildung befassen. Tatsächlich kann man aber Netzwerke selbst als „Bildungseinrichtungen“ auffassen. Die Netzwerke „schaffen gewissermaßen eine offene Marktatmosphäre, in der ein reges Treiben von Ideenaustausch und Lösungssuche herrscht“ (Lohmann 2002,1). Netzwerke sind daher bei ansonsten unterschiedlichen Zielsetzungen immer auch Lerngemeinschaften. Manche Autoren vertreten folglich der Auffassung, dass Netzwerke der maßgebende Produktivfaktor des 21. Jahrhunderts seien (z.B. Hanft 1997, Lohmann 2002).

Wie schon geschildert haben sich bisher vor allem Lerngemeinschaften von Schulen untereinander gebildet, um die Qualität ihrer Arbeit zu verbessern. Die zunehmende Autonomie der einzelnen Schule, die mit der output-orientierten Steuerung über Bildungsstandards einhergeht, wird sicherlich zu einer größeren Ausbreitung solcher schulischen (Lern-) Netzwerke beitragen.

Die schriftliche Befragung der Kooperationspartner von Schulen hat gezeigt, dass die Schulsozialarbeiter zu denjenigen gehören, die mit der Zusammenarbeit am wenigsten zufrieden sind und vor allem eine Intensivierung der Zusammenarbeit und eine bessere Planung und Abstimmung zwischen den Beteiligten wünschen. Diese Forderung wird in nächster Zeit noch an Gewicht gewinnen, da der im Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ vorgesehene Ausbau von Ganztagschulen auf die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe angewiesen ist und die mit dieser Schulform zu realisierende neue „Lernkultur“ nur durch intensivere Kommunikation und eine stärkere Abstimmung der verschiedenen Bildungskonzepte zu erreichen ist.

Notwendig ist auch eine Intensivierung und Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Einrichtungen der Arbeitswelt. Nur über ein gemeinsam erarbeitetes und gemeinsam getragenes Konzept der Vorbereitung von Kindern und Jugendlichen auf die Arbeitswelt lassen sich die Aktivitäten beider Bereiche besser aufeinander abstimmen. Neben dem Informationsaustausch wird weiterhin der zeitweilige Personenaustausch notwendig

sein. Praktika von Schülerinnen und Schülern sind auch deshalb erforderlich, um die Interessen und „Lebensprojekte“ von Kindern und Jugendlichen allmählich mit den vorhandenen Arbeitsprojekten zur Deckung zu bringen. Die von den Betrieben verstärkt geforderte Eigeninitiative der Jugendlichen macht allerdings deutlich, dass von den Schulen ein längerfristiger, d.h. über mehrere Altersjahrgänge reichender und umfassenderer Berufsorientierungsansatz, letztlich sogar ein über die reine Berufsorientierung hinausgehendes Konzept einer modernen Allgemeinbildung gefordert wird.

Schließlich bedarf es eines Medienkonzepts, das über die bisher üblichen „Computer-Curricula“ hinausgeht und das Internet stärker als Medium einer Vernetzung mit der Außenwelt begreift.

4. Nächste Schritte zur weiteren Entwicklung der wichtigsten Kooperationsprojekte allgemein bildender Schulen⁷

4.1 Kooperation der Schulen untereinander (Schulnetzwerke)

Unterstützungsmaßnahmen

In einer Studie über die Wirkungen schulischer Netzwerke nannten die befragten Schulen als wichtigste notwendige Unterstützungsmaßnahmen:

1. Beratung und Unterstützung durch externe Experten (z.B. intensive sach- und projektbezogene Beratung, Teilnahme von Beratern an Besprechungen des Netzwerks, externe Experten für die Umsetzung der Ideen, Evaluationshilfe von außen);
2. finanzielle Unterstützung (z.B. finanzielles Budget für Besuchsreisen und Fortbildungen);
3. Schaffung zeitlicher Rahmenbedingungen (z.B. Entlastungsstunden, Zeitkontingente);
4. Unterstützung durch die Schulleitung;
5. Unterstützung in materieller und personeller Hinsicht durch Bezirksregierungen bzw. Schulaufsicht (Haenisch 2003, 32).

Für die weitere Ausbreitung schulischer Netzwerke zur Schulentwicklung erscheint es sinnvoll, solche Unterstützungsmaßnahmen sowohl im Rahmen entsprechender Netzwerk-Programme (wie z.B. GÖS, Bertelsmann) wie aber auch allgemein für alle an solchen Netzwerken interessierten Schulen

⁷ Auf der Abschlusstagung des Projekts am 12./13. Februar 2004 wurden zu den Themen Internetnutzung, Kooperation mit Schulsozialarbeit, Kooperation mit Einrichtungen der Arbeitswelt und Kooperation mit anderen Schulen Arbeitsgruppen aus Vertretern der Kultusministerien, Schulleitern, Lehrern und Vertretern von Verbänden und Forschungseinrichtungen gebildet, die sich mit den Schlussfolgerungen aus den Projektergebnissen und darauf basierenden möglichen Empfehlungen befassten. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen flossen in die folgenden Überlegungen ein.

zu gewähren. Neben den internationalen ausgerichteten thematischen (wie z.B. Comenius) bzw. auf den Schüleraustausch bezogenen Netzwerke (wie z.B. PAD, DFJW) könnten auch vermehrt entsprechende nationale Netzwerke gefördert werden. Die Abschlusstagung des Projekts hat die Erfahrung auch anderer Tagungen bestätigt, dass der Vergleich der Rahmenbedingungen in den einzelnen Bundesländern als besonders fruchtbar und anregend von Lehrkräften erlebt wird. Daher sollte der Schwerpunkt auf der Förderung länderübergreifender Netzwerke liegen.

Weiterentwicklung der Schulprogramme

Ein wesentliches Ziel der Netzwerke zur Schulentwicklung ist die Weiterentwicklung des Schulprogramms (Haenisch 2003, 13). Der Aufbau einer Datenbank „guter Beispiele“ von Schulprogrammen bzw. Schulprofilen wäre für die weitere Schulentwicklung sicherlich hilfreich, als damit Anregungen für die interne Diskussion in den einzelnen Schulen geboten würden. Von besonderem Interesse wären dabei solche Beispiele, die über eine innerinstitutionelle Profilbildung hinausgehen und mehr eine Vernetzung der Schule mit anderen Schulen, außerschulischen Bildungseinrichtungen und der jeweiligen Kommune im Auge haben (regionale Bildungsnetzwerke). Dazu gehören auch Schulprofile mit einem Medienprogramm, in dem das Internet vor allem als Medium der Vernetzung mit der Außenwelt konzipiert ist.

4.2 Kooperation mit der Jugendhilfe/ Jugendsozialarbeit

Stärkere Integration von Schule und Jugendhilfe

Nach Nieslony (1997, 6) beschränkt sich die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit in Form der Schulsozialarbeit bisher auf drei Grundmuster: Schulsozialarbeit als außerunterrichtlicher oder freizeitpädagogischer Fachbereich in der Ganztagschule (freizeitpädagogischer Ansatz), Schulsozialarbeit als Teil eines sozialen Beratungsdienstes der Schule (Beratungsansatz) und Schulsozialarbeit als Sozialarbeit in der Schule unter Einbeziehung von Jugendhilfeträgern (Jugendhilfeansatz). Der im Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ vorgesehene Ausbau von Ganztagschulen ist auf eine wesentlich engere Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe im Sinne der gemeinsamen Entwicklung einer „neuen Lernkultur“ angewiesen.

Entwicklung gemeinsamer Ziele von Schule und Jugendhilfe

Auch wenn Schule und Jugendhilfe sich in ihrer Verfasstheit grundsätzlich unterscheiden und auch eigenständige Bildungsaufträge haben, für die sie ihre eigenen Methoden verwenden, müssten sie im Zusammenwirken in der Schule das gleiche Ziel verfolgen: die Unterstützung der Schüler für einen positiven Bildungsverlauf. Während sich in Deutschland die Schulsozialarbeit auf die Unterstützung benachteiligter Schüler konzentriert, ist die schwedische Form der Schulsozialarbeit auf die Förderung aller Schüler ausgerichtet. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit unterschiedlicher Professionen gilt an schwedischen Schulen als selbstverständlich. Die Kooperation von Lehrern, Sozialpädagogen, Psychologen, Berufsberatern und Schulkrankenschwestern hat das gemeinsame Ziel, für alle Schüler die bestmöglichen Lernbedingungen herzustellen. Mit der Begründung, dass nur ein psychisch und physisch gesundes Kind gut lernen kann, versuchen die unterschiedlichen Professionen mit ihren jeweils eigenen Methoden ideale Bedingungen für den Schulbesuch schaffen. Der entscheidende Unterschied zum Verständnis von Schulsozialarbeit in Deutschland liegt darin, dass man

sich nicht nur auf sozial auffällige Schüler konzentriert. Dieses erweiterte Augenmerk auf alle Schüler sollte auch für die Kooperation von Schule und Jugendhilfe in Deutschland angestrebt werden. Präventive Schulsozialarbeit sollte folglich bereits in Grundschulen zum Standard gehören und auch an allen weiterführenden Schulen mehr verbreitet werden.

Finanzierung

Ein großes Problem stellt die Finanzierung der Schulsozialarbeit dar, da sie eine freiwillige Leistung der Kommune ist. Wohl ist die Jugendhilfe in § 13 KJHG zur Zusammenarbeit mit der Schule verpflichtet, die Schulen selbst befinden sich jedoch in permanenter Unsicherheit, wie lange und in welchem Ausmaß die Schulsozialarbeit finanziert wird. Hier entspringt der dringende Wunsch der befragten Schulen nach einer verlässlicheren Form der Finanzierung.

Qualifizierung und Veränderung des Professionsverständnisses

An allen Schulen wurde von Akzeptanzproblemen und Unsicherheiten von Seiten des Lehrerkollegiums zu Beginn der Kooperation berichtet. Gelingende Schulsozialarbeit setzt jedoch neben qualifiziertem Personal auch die Bereitschaft der Lehrkräfte voraus, sich auf diese Unterstützung einzulassen. Das Grundproblem scheint in der gegenseitigen Unkenntnis der beiden Systeme Schule und Jugendhilfe zu liegen. Diese Unkenntnis führt leicht zu Vorurteilen und falschen Erwartungen. Beide Berufsgruppen sollten bereits während ihrer Ausbildung besser auf das gemeinsame Feld in der Schule vorbereitet werden. Denkbar wären Hospitationen im jeweils anderen Tätigkeitsfeld sowie eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Schulsozialarbeit in der Lehrerbildung. Bereits bestehende Teams könnten durch kurzfristige Fortbildungen oder Supervision in ihrer Arbeit unterstützt werden. In der Aus- und Fortbildung von Lehrern sollte darüber hinaus langfristig das bisherige professionelle Selbstverständnis der Lehrer erweitert werden, das vor allem bei den Lehrern weiterführender Schulen stark durch die Rolle als „Wissensvermittler“ geprägt ist. Dies könnte zum Beispiel in Form des Nachweises geschehen, dass auch der Unterricht ein Ort der Persönlichkeitsentwicklung und des sozialen Lernens ist. Die Einsicht, dass die von

den Lehrern durchgeführten Aktivitäten der „Wissensvermittlung“ zugleich auch Einübungen in ein bestimmtes Sozialverhalten sind („heimlicher Lehrplan“), würde klar machen, dass das gesamte Arbeitsgebiet der Schule, d.h. auch das Unterrichtsgeschehen ein von Lehrern und Sozialarbeitern gemeinsam weiter zu entwickelndes Feld ist.

4.3 Kooperation mit Einrichtungen der Arbeitswelt

Aufbau lokaler Netzwerke

Neben den bisher vorhandenen regionalen und überregionalen Netzwerken (wie z.B. Arbeitskreise Wirtschaft und Schule; Programm Schule – Wirtschaft/

Arbeitsleben) sind vor allem lokale Netze zwischen Schulen und Einrichtungen der Arbeitswelt aufzubauen und zu fördern. Wie bei den Schulnetzwerken benötigen die Ansprechpartner und Koordinatoren der Netzwerke von Schule und Arbeitswelt entsprechende Zeitkontingente und finanzielle Mittel zur Aufrechterhaltung der Kontakte. Ebenso wichtig ist aber auch, dass die Kooperation mit Einrichtungen der Arbeitswelt von der Mehrheit des schulischen Kollegiums akzeptiert und getragen wird. Dies gelingt besonders dann, wenn Schulen Berufsorientierung als wesentliches Element ihrer Profilbildung und als Mittel zur Steigerung ihrer Attraktivität begreifen. Diese lokalen Netzwerke zwischen Schulen und Einrichtungen der Arbeitswelt bedürfen ihrerseits der Unterstützung durch weitere Netze (Partnerschaften, Arbeitskreise, Unterstützerverkreise). Die geplante Dokumentation „guter Beispiele“ der Kooperation Schule – Jugendhilfe müsste auf jeden Fall auch durch solche der Zusammenarbeit Schule – Wirtschaft ergänzt werden.

Wechselseitige Information aller Beteiligten

Eine der grundlegenden Aufgaben dieser Vernetzung besteht in der wechselseitigen Information aller Beteiligten über Ziele, Erwartungen und auch die jeweiligen organisatorischen Voraussetzungen, um auf dieser Basis zu gemeinsamen Konzepten und Handlungsstrategien zu kommen (Seckinger 2001). Beispielsweise müssten Handreichungen für die Praxisbetriebe erstellt werden, aus denen die Bedürfnisse der Schulen und speziell die Lernziele der Praktika ersichtlich werden. Andererseits brauchen Schulen Rückmeldungen aus den Betrieben über den weiteren (Berufs-) Verlauf ihrer Schüler. Unternehmer könnten an den Schulen auftreten, um die Anforderungen der Wirtschaft zu benennen. Als besonders günstig wurde angese-

hen, wenn im Sinne eines Peer-Lernens Azubis an die Schule kommen und sich in informellen Gesprächen mit den Schülern austauschen.

Weiterentwicklung der Praktika

Neben dem Informationsaustausch wird die unmittelbare Erfahrung des jeweils anderen Arbeitsfeldes weiterhin notwendig sein. Nur so ist der erhebliche Wandel der Berufe und Arbeitsplätze zu vermitteln. Dies gilt sowohl für Lehrer wie Schüler. Man war sich auf der Abschlusstagung einig, dass Praktika in Form der „kontinuierlichen Praxistage“ wegen der engeren Verzahnung von Unterricht und Arbeitserfahrungen und der Möglichkeit, auch Schülern mit schlechteren Noten einen Ausbildungsplatz zu verschaffen, wünschenswert seien. Es sollten allerdings lediglich die Rahmenbedingungen für die Realisierung dieser Praxisform geschaffen werden. Eine verbindliche Vorgabe für alle Schulformen sollte jedoch vermieden werden, da dies zu einer Verdrängung der Haupt- und Sonderschulschüler aus den Praktikumsstellen führen könnte. Auf der Tagung wurde aber die Forderung aufgestellt, dass Betriebe sowohl zur Bereitstellung von Ausbildungs- wie auch Praktikumsplätzen verpflichtet werden sollten.

Entwicklung eines Konzepts moderner Allgemeinbildung

Wie schon erwähnt macht die von den Betrieben verstärkt geforderte Eigeninitiative der Jugendlichen deutlich, dass von den Schulen ein längerfristiger, d.h. über mehrere Altersjahrgänge reichender und umfassenderer Berufsorientierungsansatz, letztlich sogar ein über die reine Berufsorientierung hinausgehendes Konzept einer modernen Allgemeinbildung gefordert wird. Die Konturen einer solchen Allgemeinbildung zeichnen sich in solchen für die Praxis erforderlichen Fähigkeiten wie Eigeninitiative, Verantwortungsübernahme, Teamarbeit und einem Lernen nach aktuellem Bedarf ab. Die international festgelegten „Key Competences for a Successful Life and a Well-Functioning Society“ – nämlich selbständiges Handeln, Interagieren in sozial heterogenen Gruppen und interaktive Nutzung von Instrumenten und

Hilfsmitteln – weisen in die gleiche Richtung (OECD/DeSeCo 2003).⁸ Derartige Schlüsselkompetenzen könnten die Grundlage für ein gemeinsames Berufsorientierungs- und Bildungskonzept von Schule und Wirtschaft bilden und in die allgemeinen Bildungsstandards für Schulen und den nationalen Bildungsbericht aufgenommen werden.

⁸ Dieses Konzept der „Key Competences“ wird den Rahmen für die nächste internationale Bildungsstudie der OECD abgeben (Persönliche Mitteilung von Dr. Schleicher, der diese Studie zurzeit vorbereitet und koordinieren wird). Vermutlich wird diese Studie ähnlich normative Auswirkungen wie die bisherigen PISA-Studien haben.

4.4 Nutzung des Internet an allgemein bildenden Schulen

Entscheidend für den Einsatz der neuen Medien an allgemein bildenden Schulen ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen guter Ausstattung mit Hard- und Software, ausreichender Medienkompetenz der Lehrkräfte und einem entwickelten schulischen Medienkonzept.

Hardware-Ausstattung

Notwendig ist die Festlegung von Mindeststandards der Ausstattung, der Ausbaustufen und von Ausstattungsmodulen. Im Hinblick auf die Wartung und Administration der Systeme sowie der damit verbundenen Kosten ist ein möglichst einheitlicher technischer Standard von Vorteil (Hebborn 2002, 239). Aus diesem Grunde ist die Entwicklung und Verbreitung von „Musterlösungen“ zu empfehlen.

Bei der Konzipierung der Ausbaustufen sollte die Möglichkeit einer stärkeren schulinternen Vernetzung (Verkabelung; Funksystem) und Dezentralisierung der Computer (auch über Laptops) auf jeden Fall berücksichtigt werden. Zum einen waren solche Planungen bzw. Entwicklungen bei den befragten Schulen zu beobachten. Solche Dezentralisierungen tragen aber vor allem dazu bei, dass Computer und Internet auch außerhalb der speziellen Fächer (wie Informatik, informationstechnische Grundbildung) bei den übrigen schulischen Aktivitäten (z.B. andere Schulfächer, Arbeitsgemeinschaften, Projektarbeiten) vermehrt genutzt werden.

Notwendig erscheint eine professionelle Anwendungs- und Systembetreuung, Wartung und Netzwerkadministration (IT-Support). Hebborn schlägt vor, dass die Anwendungsbetreuung und die Erledigung einfacher Systemaufgaben auf der schulischen Ebene im Kontext der pädagogischen Arbeit (sog. First-Level-Support) von den Schulen bzw. besonders qualifizierten Lehrkräften wahrgenommen werden sollten.⁹ Der weitergehende, eigentli-

⁹ Nach einer Berechnung der „e-initiative“ in Nordrhein-Westfalen beträgt der zeitliche Aufwand bei einer Vollausrüstung (EDV-Räume; Medienecken in allen Klassen; Lehrerzimmerausstattung) zwischen 4 (Grundschulen) und 11 Stunden (Berufskollegs) pro Woche. Die Bereitstellung

che technische Support (Second-Level-Support) für Systembetreuung, Wartung und Netzwerkadministration sollte schulübergreifend auf der örtlichen Ebene organisiert und geleistet werden. Dieses Unterstützungssystem besteht im Wesentlichen aus einer telefonischen Hotline und einem Vor-Ort-Service (Hebborn 2002, 242).¹⁰

Medienkompetenz der Lehrkräfte

Nach dieser Studie wie auch anderen Untersuchungen besteht zurzeit noch ein Ungleichgewicht zwischen der relativ guten Ausstattung der Schulen mit Hard- und Software und der Kompetenz der Lehrkräfte, diese Mittel auch zu nutzen. Angesichts dieser Lage sieht das Bundesministerium für Bildung und Forschung in der Lehrerfortbildung auch den Schlüssel für den Einsatz von Computer und Internet im Unterricht (BMBF-Pressemitteilung vom 27.10.2003). Auf der Abschlusstagung des Projekts bestand Einigkeit, dass bereits in der Lehrerausbildung Methode und Didaktik der Computer- und Internetnutzung einen angemessenen Raum einnehmen muss. Sowohl in der Aus- wie auch Fortbildung sind auf jeden Fall auch die mit der Mediennutzung bzw. Internetnutzung zusammenhängenden rechtlichen Fragen (z.B. Datenschutz, Urheberrecht, Persönlichkeitsschutz, Jugendschutz) zu behandeln.¹¹ Die Erfahrungen der befragten Schulen legen nahe, dass eine Fortbildung vor Ort – im Idealfall in Form eines durch Computer- oder Medienexperten unterstützten Unterrichts – am wirkungsvollsten ist. Der gute Kenntnisstand des Kollegiums der befragten Grundschule war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Schwellenangst der Lehrerinnen vor allem dadurch überwunden wurde, dass Studierende des benachbarten Oberstufenzentrums für Elektrotechnik im Rahmen eines sechswöchigen Blockpraktikums zur Hälfte ihrer Zeit die Lehrerinnen bei der neuen Computerarbeit mit Kindern unterstützten. Eine schulinterne Beratung und Fortbildung

entsprechender finanzieller Mittel für die Schulen hält Hebborn für die realistischere Alternative gegenüber einer Ausweitung von Lehrerstellen (Hebborn 2002, 242).

¹⁰ „Der Second-Level-Support würde in die kommunale Zuständigkeit fallen. Dabei bleibt offen, ob die genannten Supportleistungen (Hotline, Vor-Ort-Service) von den Kommunen durch eigenes Personal bzw. eigene Dienste, durch Modelle interkommunaler Zusammenarbeit (z.B. mit kommunalen Rechenzentren) oder durch den Einkauf von Leistungen Dritter erbracht werden“ (Hebborn 2002, 242).

¹¹ Das BMBF hat in Kooperation mit der Deutschen Telecom AG inzwischen ein Kompetenzzentrum speziell für die rechtlichen Fragen im Umgang mit den neuen Medien im Unterricht eingerichtet. „Auf der Internetseite www.lehrer-online.de/recht sind Mustervorlagen, Streitfälle und Gesetze verständlich aufbereitet.“ (BMBF-Pressedienst, BMBF-Aktuell Nr. 148/03 vom 19.08.2003) Bei den im Projekt befragten Schulen war diese Informationsquelle noch nicht bekannt.

durch an EDV interessierte bzw. für EDV zuständige Kollegen hat sich offenbar bewährt.¹² Neben externen Fortbildungen wurden auch Fachkonferenzen zu Computer und Internet als wichtig erachtet. Vor allem die befragten Schüler sind der Auffassung, dass neben den Lehrkräften auch außerschulische Experten bei der Nutzung von Computer und Internet mitwirken sollen. Gewünscht wurde zum Beispiel eine EDV-Beratung für Schüler und Lehrer an der Schule durch externe Experten oder der kreative Umgang mit Medien durch Künstler oder Vertreter außerschulischer Jugendarbeit.

Medienkonzept

Die mehr auf das Erlernen der Computertechnik ausgerichteten „Computer-Curricula“ sind zu Medienkonzepten weiterzuentwickeln, die stärker die möglichen Anwendungen der neuen Medien in den Blick nehmen. Neben den schulischen Fächern ist dabei auch die zunehmende Projektarbeit in den Schulen als mögliches Anwendungsfeld zu berücksichtigen. Besonderes Gewicht sollte vor allem auf die Nutzung des Internet als Mittel einer Vernetzung mit der Außenwelt gelegt werden. Das Internet bietet die Möglichkeit, die Zusammenarbeit mit anderen Schulen und mit Einrichtungen der Arbeitswelt zu intensivieren. Besonders die Schüler sollten die Möglichkeit haben, sich mittels des Internet Informationen über die Arbeitswelt zu beschaffen und sich auf diese Weise mit dieser Welt allmählich vertraut zu machen.¹³ Auch sollte das starke Bedürfnis der Schüler nach Kommunikation mit Peers in der Außenwelt durch entsprechende Internet-Projekte kreativ aufgefangen und kanalisiert werden. Das Internet bietet auch die Chance, die notwendige Zusammenarbeit mit Eltern über einen wachsenden Informationsaustausch in Gang zu setzen. Erste Ansätze dazu zeigten sich in der Studie (z.B. Information der Eltern zu Hausaufgaben über das Internet). Auf der Abschlusstagung wurde angeregt, dass ein Medienkonzept auch die

¹² In der Grundschule übernahm diese Funktion eine Lehrerin, die schon seit langer Zeit die Arbeit mit dem Computer zu ihrem Hobby gemacht hatte, an den weiterführenden Schulen waren dies überwiegend Fachlehrer der naturwissenschaftlich-technischen Richtung (z.B. Fachlehrer für Wirtschaftslehre und Informatik, Fachlehrer für Mathematik und Naturwissenschaft), (siehe Kapitel IV, Abschnitt 3.4).

¹³ Als Beispiele für „innovative Berufsvorbildung unter Nutzung des Internet“ werden im letzten Zwischenbericht des Programms „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“ in Bezug auf die Schüler genannt: virtuelle Erkundungen des Arbeitslebens, interaktive Schülerplanspiele zu Arbeitswelthemen und vernetzte Wissens- und Praktikumsbörsen (SWA 2003, 10).

Einbeziehung externer Personen (wie außerschulische Experten, Künstler, Vertreter der Jugendhilfe) bei der Nutzung des Internet beinhalten müsse. Auch sollte über eine „Öffnung“ von Schule in der Weise nachgedacht werden, dass der schulische Gerätepark auch durch das kommunale Umfeld genutzt werden kann (z.B. Computer- und Internetkurse für Senioren an der Schule).

V Literaturverzeichnis

- Ackeren, I./Hovestadt, G. (2003): Indikatorisierung der ‚Forum Bildung‘ – Empfehlungen. Ein exemplarischer Versuch unter Berücksichtigung der bildungsbezogenen Indikatorenforschung und -entwicklung. Frankfurt
- Anfang, G.: Pädagogische und kulturelle Netzwerke
(www.mediageneration.net/buch/mum/index.php)
- Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (1998): Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe. Bericht über die gemeinsamen Beratungen von KMK und AGJ. Bonn
- Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (2003): Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe zu den gemeinsamen Herausforderungen von Schule und Jugendhilfe bei der Umsetzung des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“. Bonn
- Arbeitsgruppe Jugendhilfe/Schule der JMK und KMK (2002): Bericht der Arbeitsgruppe Jugendhilfe und Schule. Stand: 29.04.2002
- Arbeitskreis Forum Bildung: (2001): Neue Lern- und Lehrkultur. Vorläufige Empfehlungen und Expertenbericht. Materialien Nr. 10. Bonn
- Axelrod, R.: (1995): Die Evolution der Kooperation. München, Wien
- Baethge, M. (2003): Lebenslanges Lernen und Arbeit: Weiterbildungskompetenz und Weiterbildungsverhalten der deutschen Bevölkerung. SOFI-Mitteilungen Nr. 31, S. 91-103
- BMBF-Pressemitteilung 197/2003: Bulmahn: „Lehrerfortbildung ist Schlüssel für den Einsatz von Computern und Internet im Unterricht“. 27.10.2003
- BMBF: „Anschluss statt Ausschluss.“ IT in der Bildung. August 2002
- BMBF (Hrsg.) (2002): Grund- und Strukturdaten 2001/2002. Bonn
- BMBF (Hrsg.) (2001): Gutachten zur Bildung in Deutschland. Erstellt von Prof. Dr. Gernot Weißhuhn. Februar 2001
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (2003): Bildungsverständnis in der Jugendarbeit. Fachbeitrag des Fachausschusses 2 „Jugendarbeit“ zur aktuellen Diskussion. Köln
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Information Nr. 25 des Referenz-Betriebs-Systems „Schülerpraktika aus Sicht der Betriebe“. 9. Jg. Oktober 2003
- Bundesministerium für Bildung und Forschung: IT-Ausstattung der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Deutschland. Bonn. Juli 2003

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(Hrsg.)(2001):
Zukunftsfähigkeit sichern! Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe. Bonn
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(Hrsg.)(2000):
Kinder und Jugendhilfe (Achstes Buch Sozialgesetzbuch). Berlin
- CERI (2002): Definition and Selection of Competences (DeSeCo): Theoretical and Conceptual Foundations. Strategy Paper.
- Coelen, Th. (2002): „Ganztagsbildung“ – Ausbildung und Identitätsbildung von Kindern und Jugendlichen durch die Zusammenarbeit von Schulen und Jugendeinrichtungen. In: neue praxis, 32. Jg. Heft 1, S. 53-66
- Coelen, Th. (1997): Schule und Gemeinwesen. (www.erzwiss.uni-hamburg.de/ewi-report/ewi16/13_coele.htm)
- Diekmann, A. (1995): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg
- e-initiative.nrw (2003): Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Erhebung des IFS an Schulen in NRW/Begleitevaluation der e-initiative.nrw
- EMNID-Lehrerumfrage zum Thema „Computernutzung“ im Auftrag von Computerbild. Bielefeld im November 2000
- GEW (2001): Jugendhilfe und Schule: Gemeinsam für eine neue Bildungsreform. Beschluss des GEW-Gewerkschaftstages 2001 in Lübeck. Lübeck
- Grunder, H.-U. (2002): Schulentwicklung durch Kooperation und Vernetzung. Schule verändern. Bad Heilbrunn
- Haenisch, H. (2003): Wirkungen schulischer Netzwerke. Erfahrungen mit GÖS-Netzwerken im Schuljahr 2001/2002. Soest
- Haenisch, H. (2002): Einfluss von Schulöffnung auf die Qualität von Schule und Unterricht. Evaluationsergebnisse zum Landesprogramm GÖS für das Förderjahr 2000/2001. (Heft 59). Soest
- Haenisch, H. (2001): Wirkungen von Schulöffnung auf Schülerinnen und Schüler. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Schülerinnen und Schülern zu ihren Erfahrungen in Projekten der Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule(GÖS). (Heft 57). Soest
- Haenisch, H. (1999): GÖS-Landesprogramm fördert Innovation in vielen nordrhein-westfälischen Schulen. Kurzinformation zu den Ergebnissen der wissenschaftlichen Auswertung (Stand vom Februar 1999). Soest
- Hanft, A. (1997): Lernen in Netzwerkstrukturen. Tendenzen einer Neupositionierung der betrieblichen und beruflichen Bildung. In: Arbeit. H. 3, Jg. 6, S. 282-303

- Hebborn, K.: Schulen am Netz – und nun? Entwicklung Neuer Medien an Schulen – eine Positionsbestimmung aus kommunaler Sicht. In: RdJB 3/2002, S. 236-245
- Hentig, von, H. (2001): Bildung. Weinheim/München
- Hoffmeyer-Zlotnik, J., H.P. (2000): Regionalisierung von Umfragedaten. Eine kleine Handlungsanleitung. ZUMA How-to-Reihe, Nr. 4
- Hunneshagen, H./Schulz-Zander, R./Weinreich, F. (2000): Schulen am Netz. Veränderung von Lehr- und Lernprozessen durch den Einsatz Neuer Medien. In: Hans-Günter Rolff, Wilfried Bos, Klaus Klemm, Hermann Pfeiffer, Renate Schulz-Zander: Jahrbuch der Schulentwicklung. Daten, Beispiele und Perspektiven. Weinheim und München
- IFS-Datenservice, Nr. 1/2003: Großes Interesse am Computer bei Jungen und Mädchen
- Informationsdienst Wissenschaft. Medienkompetenz von Schülern: Sozialer Hintergrund muss nicht entscheidend sein. 20.10.2002
- Infratest Sozialforschung: Pretestbericht. München. Dezember 2001
- Infratest Sozialforschung: Pretestbericht zur Befragung der Kooperationspartner von Schule. München. März 2002
- Infratest Sozialforschung: Methodenbericht und Tabellenband 1. Schulleiterbefragung. München. April 2002
- Infratest Sozialforschung: Methodenbericht und Tabellenband Teil 2. Kooperationspartnerbefragung. München. Juni 2002
- Jongbloed, J./Nieslony, F. (2002): „Es geht doch!?“ – Zur Kooperation zwischen Lehrern und Schulsozialarbeitern. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. 33. Jg. Heft 2, S. 71-83
- Jongbloed, J./Nieslony, F. (2002): „Der Ruf nach Schulsozialarbeit – Verbesserte Kooperation zwischen Sozialpädagogen und Lehrern. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Heft 4, S. 275-281
- Kersting, H.-J. (1985): Schulsozialarbeit: Hilfen beim Übergang vom Schulins Beschäftigungssystem. Aachen
- Kersting, H.-J. (1984): Organisationsformen in der Schulsozialarbeit. In: Jugendwohl. 65 Jg., H. 5 (Freiburg)
- Kessl, F./Otto, H.U./Treptow, R. (2002): Jugendhilfe als Bildung. In: Münchmeier, R./Otto, H.U./Rabe-Kleberg, U. (2002): Bildung als Lebenskompetenz. Kinder- und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben. Opladen, S. 73-84
- Kilb, R. (2003): Integration, Kooperation oder Konkurrenz? Welche Rolle könnte die Jugendhilfe in einem Ganztagschulmodell spielen? In: Die Deutsche Schule, 95. Jg, Heft 3, S. 349-353

- Knauer, R. (2003): Ansätze für eine konstruktive Zusammenarbeit. In: Sozialmagazin, 28. Jg., Heft 5, S. 20-22
- Knauer, R. (2003): Jugendhilfe und Schule in Bewegung. In: Sozialmagazin, 28. Jg., Heft 5, S. 11-19
- Kohlmeier, K. (2003): Evaluationskonzept zu dem Projekt „Region des Lernens – Berufsbildende Schule als Leitstelle eines regionalen Qualifizierungswerks“. Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V. Berlin
- Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2001): Wirtschaftliche Bildung an allgemein bildenden Schulen. Bonn
- Kultusministerkonferenz (1997): Stärkung der Ausbildungsfähigkeit als Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungssituation. Bericht vom 13.06.1997
- Kooperation mit außerschulischen Partnern (2000): Schule als Teil der Welt – Kooperation in Netzwerken. Bericht des Seminars der UNESCO-Projekt – Schulen in Baden-Württemberg. Forum 3/2000
- Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1988): Rahmenkonzept. Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule. Düsseldorf
- Lohmann, A. (2002): Qualitätsentwicklung in Netzwerken – eine neue Perspektive für niedersächsische Schulen. (www.slvn.de/Regionaltagungen)
- Maykus, S. (2003): Macht und Gegenmacht? Eine Analyse der Kooperationsbeziehungen von Lehrern und Sozialpädagogen aus machttheoretischer Sicht. In: Sozialmagazin, 28. Jg, Heft 5, S. 31-42
- Münchmeier, R. (2003): Chancen und Risiken für die Jugendhilfe im aktuellen Bildungsdiskurs. In: Forum Erziehungshilfen, 11. Jg., Heft 2, S. 69-77
- Nieslony, F. (1997): Zur Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule. Darmstadt, Oktober 1997
- Nörber, M. (2003): Die neuen Hausherren? Vom „Reparaturbetrieb“ für soziale Problemfälle zum „Bespäßer“ im Betreuungsangebot? In: Sozialmagazin, 28. Jg., Heft 5, S. 23-30
- OECD/DeSeCo (2003): Definition and Selection of Competencies: Theoretical and Conceptual Foundations (DeSeCo). Summary of the final report. “Key Competencies for a Successful Life and a Well-Functioning Society.
- Pluto, L./Santen, E./Seckinger, M. (2001): Kooperation in der Kinder- und Jugendhilfe auf dem Prüfstand. In: Agogik, 1/01, S. 3-30
- Raab, E. (1994): Schulsozialarbeit-Perspektiven der 90er Jahre. In: Jugend Beruf Gesellschaft, 45. Jg., H. 1, S. 12-15

- Raab, E./Rademacker, H. (1987): Schulsozialarbeit und arbeitsweltbezogene Jugendhilfe zur Bewältigung des Übergangs in den Beruf. In: Jugend Beruf Gesellschaft, 38. Jg., H. 2, S. 78-82
- Raab, E./Rademacker, H./Winzen, G. (1987): Handbuch Schulsozialarbeit: Konzeption und Praxis sozialpädagogischer Förderung von Schülern. Weinheim
- Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben: Vom Konzept zur Kompetenz in der Berufsorientierung. Zwischenergebnisse des Programms „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“. November 2003
- Schule und Vernetzung (www.schulen.li/lehrplan/Vernetzung/SchuleundVernetzung.htm)
- Seckinger, M. (2001): Kooperation – eine voraussetzungsvolle Strategie in der psychosozialen Praxis. In: Prax.Kinderpsychol.Kinderpsychiat. 50, S. 279-292
- Urban, D. (1993): Logit-Analyse. Statistische Verfahren zur Analyse von Modellen mit qualitativen Response-Variablen. Stuttgart, Jena, New York
- Van Santen, E./Seckinger, M. (2003): Kooperation: Mythos und Realität einer Praxis. Eine empirische Studie zur inter-institutionellen Zusammenarbeit am Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe. München
- Van Santen, E./Marmier, J./Pluto, L./Seckinger, M./Zink, G. (2003): Kinder- und Jugendhilfe in Bewegung – Aktion oder Reaktion? Eine empirische Analyse. München
- Van Santen, E./Seckinger, M. (1999): Kooperationszusammenhänge als Objekt der Forschung – methodische Anmerkungen. In: Rundbrief Gemeindepsychologie, Band 5, Heft 2, S. 19